Jülicher Kreisblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises Jülich.
Gegründet 1823.

Bezugspreis für den Monat 2 Mark einschließlich Bolengeld. Zum Postbezug tritt das Bestellgeld für die Zustellung durch den Briefträger. Preis der Einzelnummer 10 Pfg. der Doppelnummer 15 Pfg. Geschäftsstelle: Jülich, Kölnstraße 13. Fernruf Nr. 39. »»»» Telegrammadresse: Kreisblatt Jülich. Postscheck-Konto Amt Köln 24635. ««««

Verantwortlich: Adolf Fischer und J. Friedrichs, Jülich.

Aelteste und verbreitetste Zeitung im Kreise.
Gegründet 1823.

Anzeigenpreis 20 Goldpfennig für die Petitzeile, behördliche Anzeigen 25 Goldpfennig, Reklamezeile 10 Goldpfennig, Auskunfts- und Offert-Gebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen bis zum Mittag des Vortages erbeten. Aufnahme an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Bei Klagen und Konkurs wird der Rabatt hinfällig. — Postscheck-Konto Amt Köln 24635.

Rotationsdruck und Verlag: Jos. Fischer, Jülich.

Mittwoch den 27. Januar 1926 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage — **103. Jahrgang – Nr. 21 (1. Blatt)**

Die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918.

Dittmanns Darstellungen.

Der vierte Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg hat bekanntlich die Aufgabe, die Ursachen unserer Niederlage festzustellen. Er hat bereits mehrere umfangreiche Aktenbände publiziert. Zu den zu untersuchenden Vorgängen gehören auch die Marine-Meutereien von 1917. In einer Marine-Denkschrift wird der Vorwurf erhoben, daß der Abgeordnete Dittmann und andere Mitglieder der U. S. P.-Zentrale die Unruhen in die Flotte hineingetragen und die Meuterei verschuldet hätten. Dittmann hatte daraufhin im Ausschuß beantragt, ihm einen Bericht auf Grund der Akten-Studien zu ermöglichen. Diesen Bericht hat Dittmann am Freitag mit einer vierstündigen Rede im Unterausschuß begonnen. Seine Feststellungen haben erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Dittmann führte etwa folgendes aus:

In der Flotte herrschte seit Beginn des dritten Kriegsjahres unter den Mannschaften große Unzufriedenheit. Diese Unzufriedenheit wurde hervorgerufen und genährt durch untätiges Herumliegen der Schiffe in den Häfen, durch allzu enges Beieinanderwohnen auf den Schiffen, durch einen Drill, der als zwecklos empfunden wurde, durch unpsychologisches Verhalten der nervös gewordenen Offiziere und ganz besonders durch die Beobachtung, daß man in den Offiziersmessen noch verhältnismäßig gut aß, während in den Mannschaftsstuben „Drahtverhaue und Kälberzähne" unbeschränkt herrschten. Um der Unzufriedenheit in diesem Punkte einigermaßen Rechnung zu tragen, waren im Landheere auf Befehl sogenannte Menagekommissionen gebildet worden, die, aus Mannschaften zusammengesetzt, Verpflegungsbeschwerden der Leute entgegenzunehmen und höheren Ortes zum Vortrag zu bringen hatten. Im Jahre 1917 erfolgte ein Erlaß des Staatssekretärs v. Capelle, der derartige Menagekommissionen auch für die Marine zuließ. Allerdings wurden die Mitglieder dieser Kommissionen meist nicht von den Matrosen gewählt, sondern von den Offizieren ernannt. Das erregte böses Blut und führte zu heimlichen Zusammenkünften. Die Leute besuchten sich untereinander, tauschten ihre Klagen über die schlechte Verpflegung miteinander aus und diskutierten schließlich über politische Dinge. In diesen Diskussionen begrüßte man allgemein die Friedensresolution des Reichstages und die Stockholmer Sozialistenkonferenz, weil man davon ein baldiges Ende des Elends erhoffte. Man war auch unvorsichtig genug, für Linksparteien zu agitieren und Listen der gewonnenen Mitglieder anzulegen.

Nun die Rolle der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei! In den Prozessen und in der nationalistischen Presse ist immer wieder behauptet worden, die Menagekommissionen seien nichts anderes als Vordzellen der Unabhängigen gewesen, die darauf ausgegangen seien, die Unzufriedenheit der Mannschaften zu politischen Zwecken auszunutzen. Der Abg. Dittmann stellte dagegen unter Beweis, daß der Ausgangspunkt aller Vorfälle nur in den vier Punkten zu suchen ist, die der jetzige Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Pfleger schon im Jahre 1917 in einem Briefe an den Marinestaatssekretär aufgezählt hat:

Schlechte Beispiele der Offiziere, vorschriftswidrige Behandlung der Mannschaften, schlechte Verpflegung und Bruch von Urlaubsversprechungen.

Dittmann ging dann sehr ausführlich auf die einzelnen Prozeßfälle ein und belastete dabei die Kriegsgerichtsräte Dobring und Loesch außerordentlich schwer.



Der neue Reichsernährungsminister Dr. Haslinde.

Der bisherige Regierungspräsident von Münster, Dr. Haslinde, ist geboren am 21. Mai 1881 in Berlin. Im Oktober 1903 bestand er nach dem Besuche der Universitäten Heidelberg, Bonn, Münster, Berlin und Paris seine Referendarprüfung. Im gleichen Jahre promovierte er in Leipzig zum Dr. jur. Dann war er drei Jahre als Gerichtsreferendar tätig und trat im Oktober 1906 zur Regierung über. Als Regierungsassessor kam er 1909 zu Landratsämtern. In Arnsberg, wo er zunächst kommissarischer Landrat war, wurde er 1916 zum Landrat gewählt. 1922 wurde er Nachfolger des Regierungspräsidenten Graf v. Merveldt in Münster. Dr. Haslinde hat sich in Münster als überzeugter Zentrumsmann jederzeit bewährt und hat auch am praktischen Parteileben regen Anteil genommen.

Der erste Fall der Widersetzlichkeit war es schon, daß auf dem Schiff „Prinzregent Luitpold" wegen Entziehung der Freimache und des Kinobesuches in den ersten Tagen des August 49 Mann heimlich das Schiff verließen, um allerdings nach einer Stunde wieder zurückzukommen. Als daraufhin 11 dieser Ausflügler mit Arrest bestraft wurden, gab es am nächsten Tag eine Demonstration von 400 Mann der Besatzung, die ebenfalls das in der Werft liegende Schiff verließen, aber nach einigen Stunden wieder ohne Anwendung von Gewalt zurückgeholt werden konnten. In dem Prozeß gegen Reichspietsch, Weber und Sachsen haben sich die beiden Kriegsgerichtsräte nach den Akten der stärksten Zeugenbeeinflussung schuldig gemacht. Der Kronzeuge bei dem Prozeß war ein Matrose namens Adams, der als Spitzel und als Agent-Provokateur zu dienen hatte. Er ließ sich als Vertrauensmann wählen und ließ auf Grund seiner Tätigkeit alle paar Tage einen Kameraden verhaften, nachdem er selbst Hetzreden gehalten hatte, um aus den Kameraden belastende Reden herauszulocken. Darüber hinaus organisierte er mit Zustimmung zweier Offiziere und der Polizei eine Versammlung in Kiel, die als Hauptmaterial für die Anklage des Aufstandes nachher diente. Obgleich das Auftreten Adams als Lockspitzel gerichtsnotorisch war, wurden doch dem Todesurteil in vollem Umfange die Aussagen des Adams zugrunde gelegt. Das Todesurteil wurde von Admiral Scheer bestätigt. Dieser gab zu, daß er die in dem Rechtsguthaben geltend gemachten Bedenken anerkenne, daß er aber trotzdem das Urteil für richtig halte.

Der zweite Tag.

Am Samstag setzte Dittmann seine Rede fort. Er erklärte, aus den Aeußerungen hervorragender Persönlichkeiten gehe hervor, daß 1917 die Matrosenunruhen zu einer Waffe gegen die Linkssozialisten hätten gemacht werden sollen. Diese Tendenz habe die ganzen kriegsgerichtlichen Verfahren beherrscht. Es hätte Anklagematerial gegen die U. S. P. und diejenigen Personen der U. S. P.-Zentrale gewonnen werden sollen, mit denen die Matrosen gesprochen hatten. Der Matrose Calmus sei zu Aussagen gegen ihn veranlaßt worden.

Die Erklärung des Korvettenkapitäns Canaris.

Als Vertreter des Reichsmarineamts nahm Korvettenkapitän Canaris zur Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Dittmann das Wort. Er erklärte zunächst, daß Vizeadmiral v. Trotha, der in der kritischen Zeit Chef des Stabes der Hochseeflotte war, die Behauptungen des Abg. Dittmann über die Zustände auf den Schiffen widerlegen und beweisen werde, daß bis zum Schluß in der Marine, bis auf wenige Ausnahmen, zwischen Offizieren und Mannschaften ein ausgesprochen vorzügliches, ungetrübtes Vertrauensverhältnis bestanden habe. Korvettenkapitän Canaris suchte dann nachzuweisen, daß die Rädelsführer der Meuterei in der Flotte enge Beziehungen zu der U. S. P. hatten, und daß die von dort ausgehenden Einwirkungen ihnen den

Gift im Blut.

Roman von Heinrich Liaden.

Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

82) (Nachdruck verboten).

Bald bestand zwischen dem Hausmeister Pandani und seinen Gästen ein vortreffliches Verhältnis. Der dicke Inder erwies sich als ein unglaublich redseliger Herr, der stundenlang ohne Aufhören von den verschiedensten Gegenständen plaudern konnte. Schreyer verstand es immer wieder, das Gespräch auf die Dinge hinüberzuleiten, die ihn vor allen anderen interessierten. Auf diese Weise erfuhr er und Elisabeth alles, was Pandani über seinen Herrn und dessen beiden Gäste wußte. Da Pandani schlau genug war, bald zu merken, daß die beiden fremden Sahiby ein ganz besonderes Interesse an den Gästen des Prinzen hatten, fand er im Schloß bald einen Vertrauten, der ihm über jede Kleinigkeit Bericht erstattete. Bald wußte Schreyer, daß die Gäste angekommen waren, daß sie nicht im Hauptgebäude wohnten, sondern jeder für sich in einem kleinen Bungalow; daß der Prinz offenbar sehr viel zu tun habe, da er sich kaum um seine Gäste kümmere; daß diese fast immer beisammen seien und sich dann andauernd mit leiser Stimme unterhielten. Schreyer bezeigte dem gefälligen Hausmeister seine Dankbarkeit in klingender Form, was diesen wiederum zu höchstem Eifer anspornte.

Zwei Tage nach der Ankunft der Gäste im Jagdhause wurde Schreyer in früher Morgenstunde durch die helle Trompetenstimme Pandanis aus dem Schlafe geweckt. Da er merkte, daß abermals „Räuber und Diebe" im Anzug seien, beugte er seinen Kopf zum Fenster hinaus und sah vor dem Hause einen schlanken Hindu stehen, der, ohne sich zu rühren, das zornige Geschnatter des Hausmeisters auf sich niederregnen ließ und tat, als wenn ihn das garnichts anginge. Als Schreyers Kopf am Fenster sichtbar ward, blickte der Hindu starr und unbeweglich nach oben und wartete darauf, angeredet zu werden.

„Wer bist du und was willst du?" fragte der Doktor.

„Ich bin Panja," antwortete der Hindu einfach. „Der Sahib Konsul Froberger schickt mich."

„Oh, sehr gut! Ich habe dich schon erwartet! He, Pandani!"

Die weiße Gestalt des Hausmeisters kam zum Vorschein.

„Merke auf, Freund Pandani, was ich dir sage: Dieser junge Mann ist mein Diener Panja. Er wird von heute ab hier im Hause wohnen. Ich erwarte von dir, daß du es ihm an nichts fehlen läßt. Dafür soll Panja dir bei der Arbeit helfen, wenn er nichts anderes zu tun hat."

„O, Sahib, das ist ein sehr guter Einfall, für den die Götter dich segnen mögen!" rief Pandani strahlend.

— — — — — — — — — —

Ponks und Sanders saßen auf der Veranda von Ponks' Bungalow. Die Hauptmahlzeit war eben vorüber, doch die Hitze war so groß, daß niemand rechten Appetit gehabt hatte. Nun saßen sie in bequemen Stühlen, rauchten und versuchten zu schlafen. Doch nur Herrn Sanders gelang dies. Seine Zigarre erlosch allmählich und die Augen fielen ihm zu. Ponks hatte bereits seine zweite Zigarre in Brand gesetzt. Trotz der Hitze, die ihm den Schweiß aus allen Poren trieb, war sein Geist rege wie immer. Er grübelte, und eine finstere Falte auf seiner Stirn zeigte an, daß seine Gedanken unangenehmer Art waren.

„Ist dir in den letzten Tagen nichts aufgefallen?" wandte er sich plötzlich höchst rücksichtslos an den schlummernden Sanders. Der fuhr vor Schreck zusammen und konnte sich nicht direkt in die Situation finden.

„Natürlich, du schläfst und überläßt alle Sorgen mir!" fuhr Ponks giftig auf. „Ist dir nicht aufgefallen, daß wir auf Schritt und Tritt bewacht werden und verfolgt?"

„Bewacht?" brummte Sanders. „Das bildest du dir ein! Daß uns auf Schritt und Tritt Diener zu Gebote stehen, habe ich immer sehr angenehm empfunden."

„So? Na ja! Dann hast du wohl auch noch nicht gemerkt, daß der Prinz sein Benehmen uns gegenüber wesentlich geändert hat."

„Ich finde, er ist so höflich und aufmerksam wie immer. Außerdem haben so hohe Herren ihre Launen. Man darf nicht alles so schwarz sehen."

„Wenn man ein Trottel ist, kann man sich jedes Ding in der Welt auf harmlose Weise erklären!" fauchte Ponks seinen Genossen wütend an. Der war eben im Begriff, auf diese nicht sehr liebenswürdige Bemerkung eine geharnischte Antwort zu geben, als die Tür lautlos aufging und einer der eingeborenen Diener eintrat. Nach Landessitte wartete er, bis er angeredet wurde.

„Was willst du? Warum störst du mich?" fragte Ponks übellaunig.

„Sahib, der Bote ist draußen."

„Welcher Bote?" fuhr Ponks auf, auf einmal sehr interessiert.

„Aus Bombay. Er sagt, Sahib, du erwartest ihn."

„Er soll sofort hereinkommen", befahl Ponks und erhob sich.

Der Diener winkte nach draußen, und ein brauner Bursche mit verschmitzten, aber hinterhältischen, tief in ihren Höhlen liegenden Augen kam unter fortwährenden Verbeugungen die Treppe des Bungalows herauf. Ponks winkte dem Diener, zu gehen, und wandte sich dann an den Ankömmling.

„Wer bist du und wer hieß dich hierher zu kommen?"

„Ich bin Kurullu. Memsahib Pombal schickt mich mit diesem Brief."

Er entnahm seinem Turban ein Schreiben und überreichte es Ponks. Dieser riß den Umschlag auf und überflog hastig den Inhalt des Schreibens. Ein Zug tiefer Befriedigung glitt über sein Gesicht.

„Es ist gut. Laß dir zu essen geben. Antwort ist nicht nötig. Doch halt — du bist der Diener des Herrn Karaka, nicht wahr?"

„Ja, Sahib."

„Du wirst einen Brief für deinen Herrn mitnehmen. Geh jetzt und warte, bis ich dich rufen lasse."

Der Hindu ging hinaus. Als er draußen war, drehte Sanders mit einer schnellen Bewegung seinen Kopf zu Ponks herum. Seine Augen waren nun offen, und er war so wach, wie nur möglich.

„Was hat der Kerl für Nachrichten gebracht?"

„Oooh — nichts besonders Wichtiges", antwortete Ponks und tat gleichgültig.

Die Mienen Sanders nahmen einen sonderbar erstaunten Ausdruck an.

„Wie sagst du, nichts besonders Wichtiges? Hör mal, mein Lieber, diese Antwort steht in einem ganz merkwürdigen Widerspruch zu deinen Mienen."

„Wieso?" fuhr Ponks auf und schoß einen bösen Blick auf Sanders.

„Ich bin an dir nicht gewohnt, daß du wegen einer unwichtigen Sache in eine solche sichtlich freudige Aufregung gerätst", grinste Sanders.

„Freudige Aufregung — du bist toll. Nun gut, ich will dir sagen: Karaka hat mir geschrieben, daß alles vortrefflich geht, besser, als er selbst erwartet hatte. Das ist freilich angenehm zu hören, aber, wie du zugeben wirst, noch nichts Definitives."

„Hm — so, so", brummte Sanders. „Er hat also nicht geschrieben, wieviel Geld er bereits in seiner Tasche und zu deiner Verfügung hat?"

Ponks wechselte ein wenig die Farbe, doch sogleich hatte er seine Fassung wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Rücken stärken und ihnen das Material für ihre die Disziplin untergrabende Tätigkeit lieferten.

Korreferent Admiral a. D. Abg. Brüninghaus erklärt: Die ganzen Ausführungen Dittmanns tragen den Stempel, soweit die Verhältnisse in der Marine selbst in Frage kommen, einer durch nichts gerechtfertigten Verallgemeinerung. Von einigen Vorkommnissen auf einzelnen Schiffen schließt er ohne weiteres, daß, wenn an der einen Stelle irgend etwas nicht in Ordnung ist, dies in der ganzen Marine der Fall gewesen sein muß. Die von ihm wiedergegebenen Auszüge aus den Akten sind lediglich darauf eingestellt, ihn selbst und die U. S. P. zu entlasten, und die Sache so darzustellen, als ob sie von dem beabsichtigten Vorgehen der Haupträdelsführer auch nicht die leiseste Ahnung gehabt hätten.

Der Abg. Dittmann hat den, man möchte sagen, naiven Versuch unternommen, die Revolution darauf zurückzuführen, daß aus dem von ihm behaupteten schlechten Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften auf einigen Schiffen sich Zustände herausgebildet hätten, die dann in ihrem weiteren Verlauf, ohne daß zunächst die Politik überhaupt eine Rolle gespielt habe, zu den Vorkommnissen im August 1917 geführt hätten. Dazu ist zu bemerken, daß in der weitaus größten Zahl das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften ein außerordentlich gutes gewesen ist.

Abg. Brüninghaus geht dann auf eine Reihe von sachlichen Unrichtigkeiten Dittmanns ein, die er im Verlauf seiner Darlegungen widerlegt.

Ein Zwischenfall.

Im Verlauf der Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Marinemutereien kam es heute zu einem Zwischenfall. Als der als Vertreter der Reichsmarineamts in den Ausschuß entsandte Korvettenkapitän Canaris unter großer Unruhe sein Referat beendet hatte, fragte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moses, ob dieser Korvettenkapitän identisch sei mit jenem Kapitänleutnant Canaris, der im Prozeß gegen die Liebknechtmörder als Beisitzer fungiert habe und der beschuldigt werde, dem Liebknecht-Mörder Leutnant Vogel zur Flucht verholfen zu haben. Wenn es derselbe sei, dann müßte der Ausschuß es als eine Brüskierung seitens des Reichswehrministeriums ansehen, daß ihm ein solcher Vertreter geschickt werde, mit dem man einfach nicht zusammenarbeiten könne.

Als Korvettenkapitän Canaris es ablehnte, auf diese persönlichen Fragen einzugehen, kam es zu stürmischen Kundgebungen der Linken. Man rief: Mörder! Helfershelfer! Feiger Lump! und der Vorsitzende hatte große Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Der kommunistische Abg. Dr. Rosenberg beantragte eine Unterbrechung der Sitzung, damit man vom Reichswehrministerium einen anderen Vertreter verlangen könnte. Die Abg. Joos (Ztr.) und Dr. Bergsträsser (Dem.) rieten an, der Ausschuß möge über diese Frage in einer geschlossenen Sitzung beraten. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Die Verhandlungen sollen am Montag fortgesetzt werden.

Ein Dementi des Reichswehrministeriums.

MTB. **Berlin**, 24. Jan. Halbamtlich wird mitgeteilt: In der gestrigen Kabinettssitzung stellte der Reichswehrminister fest, daß die im Untersuchungsausschuß des Reichstages gegen den Korvetten-Kapitän Canaris erhobenen Beschuldigungen vollkommen unbegründet seien. Canaris war nach Ausbruch der Revolution gewählter Beisitzer in einem Verfahren gegen Offiziere, die des Mordes an Rosa Luxemburg beschuldigt waren. In diesem Prozeß wurde der Oberleutnant Vogel mit Gefängnis bestraft. Als Vogel kurz vor Antritt seiner Strafe die Flucht ergriff, wurde Korvetten-Kapitän Canaris der Beihilfe der Flucht verdächtigt, jedoch ergab eine vom Reichswehrminister Noske veranlaßte gerichtliche Untersuchung die völlige Haltlosigkeit dieser Beschuldigung, schon aus den Gründen, weil Canaris sich zur angegebenen Zeit in Süddeutschland befand. Canaris blieb daher in seiner Vertrauensstellung beim Reichswehrminister.

Der dritte Tag

* **Berlin**, 25. Jan. Der Untersuchungsausschuß für die Fragen des Weltkrieges hat sich in seiner Sitzung vom 25. Jan. 1926 mit der Broschüre des Abg. Wilhelm Dittmann: Die Marinejustizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918, dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg (4. Untersuchungsausschusses) beschäftigt. Die Verhandlungen sind nicht zum Abschluß gekommen. Zunächst wurde lediglich festgestellt, daß in der genannten Broschüre eine amtliche Veröffentlichung des Untersuchungsausschusses nicht vorliege.

Vernehmung des Admirals v. Trotha.

In der öffentlichen Sitzung wurde Vizeadmiral v. Trotha als Auskunftsperson vereidigt und dann vernommen. Er äußerte sich zunächst ausführlich über die Urlaubsfrage bei der Marine. Dann ging v. Trotha auf die Verpflegungsverhältnisse ein. Alsdann kam er auf die Unbotmäßigkeit in der Hochseeflotte zu sprechen, die ihm nur vorgekommen sei auf Schiffen, deren Besatzung in engste Berührung mit dem politischen Streit der Zivilbevölkerung kam. Nie kam das vor auf Schiffen, die näher an den Feind herankamen. Darum habe die Marineleitung an die Besatzung geglaubt bis zuletzt.

Ueber den Flottenvorstoß sagte v. Trotha u. a. folgendes aus: Ich wurde Chef des Stabes kurze Zeit, nachdem Admiral Scheer die Flotte übernommen hatte. Nicht lange nachher kam der Kaiser nach Wilhelmshaven und dort entwickelte ihm Admiral Scheer in einem Vortrage, wie er sich den Einsatz der Flotte denke. Der Schluß des Vortrages war, daß der Oberste Kriegsherr seine Zustimmung zu der Methode gab, nur die Voraussetzung blieb, daß er einen Kampf mit der englischen Hauptmacht nur unter günstigen Bedingungen eingehen sollte. Admiral v. Holtzendorff, der als Vertreter der Marine im Großen Hauptquartier war, wollte von der Durchführung der Flotte in den Kanal anfänglich nichts wissen, hat sich im Frühjahr 1918 aber zu meiner Auffassung entschieden.

Vizeadmiral v. Trotha erklärte weiter, mit dem Störer eines geplanten englischen Vorstoßes von der Themse aus mußte eine gewaltige Entlastung unserer Front eintreten. So hatten wir die Pflicht, diesen Vorstoß in die feindlichen Verbindungslinien hinein mit möglichster Energie und Schnelligkeit zu betreiben. Zur Unterstützung der Schlachtschiffe sollten sämtliche Unterseeboote, 18 Luftschiffe und sämtliche Torpedobootstreitkräfte mitwirken. Korvettenkapitän Gladisch berichtete über die geplanten Operationen dem damaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden, der schon im Bette lag. Auf die Frage, ob man glaubte, die englische Flotte damals entscheidend zu schlagen, erwiderte v. Trotha, wenn es zu einer Entscheidungsschlacht gekommen wäre, so wäre die englische Flotte, das Rückgrat der englischen Macht in der Welt, nach unserer Ueberzeugung so gewaltig geschädigt worden, daß das ganze Bild der Macht der Welt verändert worden wäre. Das ist meine Ueberzeugung auch heute noch.

General v. Kuhl, der dann vernommen wird, erklärt, daß in den kritischen Tagen ein Flottenvorstoß für das Heer eine außerordentliche Beruhigung und Entlastung gewesen wäre, denn er hätte die ganze Aufmerksamkeit der feindlichen Kriegsführung auf die See gelenkt. Wäre selbst unsere Flotte damals im Kampfe untergegangen, so wäre dies immer noch besser gewesen, als die Auslieferung bei Scapa Flow.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) stellt fest, daß nach den Aussagen v. Trothas die Flotte noch nie so stark gewesen sei, als in dem Augenblick, da der Vorstoß geplant war. Die Flotte sollte so eingesetzt werden, wie es der obersten Kriegsleitung als richtig erscheinen würde. In der Presse war irrtümlich behauptet worden, der Vorstoß hätte gegen den Willen des Prinzen Max von Baden stattfinden sollen. Sachverständiger Dr. Delbrück betonte, die Besprechung des Prinzen Max von Baden mit dem Admiral Levetzow müsse wohl am 21. oder 22. Oktober stattgefunden haben. Am 26. Oktober aber sei die militärische Leitung unter die zivile Gewalt gestellt worden. Dr. Hertz, der darauf zu Worte kam, teilte ergänzend mit, daß nach Erklärungen des damaligen Vizekanzlers v. Payer niemals davon gesprochen wurde, daß ein solcher Vorstoß geplant wurde. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung soll erst in etwa 14 Tagen stattfinden.

Nachrichten aus Stadt und Land.

Hauszinssteuerhypotheken und Wohnungsbau.

Wp. Kürzlich war in der Presse die Auffassung vertreten worden, daß ein mit Hilfe einer Hauszinssteuerhypothek errichteter Neubau nicht von der Hauszinssteuer befreit sei, denn nach der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 seien Neubauten, die mit Beihülfen aus öffentlichen Mitteln ausgeführt worden sind, hauszinssteuerpflichtig. Demgegenüber wird amtlich darauf hingewiesen, daß nach § 2 der dritten Verordnung zur Durchführung der Preußischen Steuernotverordnung vom 12. Juli 1924 die Hauszinssteuerhypotheken nicht zu den „Beihülfen aus öffentlichen Mitteln" im vorstehenden Sinne gehören und deshalb die Hauszinssteuerpflicht nicht begründen.

—* **Wetterbericht.** Gestrige Höchsttemperatur 10 Grad, tiefste Nachttemperatur 4 Grad, keine Niederschläge. Unter dem Einfluß der Westströmung herrscht nunmehr in ganz Mitteleuropa milde Witterung. In den mittleren Höhenlagen des Schwarzwaldes ist die Schneeschmelze eingetreten doch ist Hochwasser nicht zu befürchten, zumal die Wasserstände der Flüsse niedrig sind. Der Rhein zeigt bei Köln 2,51 Meter, die Mosel bei Trier 1,55 Meter. Nur die höchsten Erhebungen der deutschen Mittelgebirge haben noch Frost. Die Witterung bleibt mild und veränderlich.

Sonnenaufgang 8,22, Untergang 5,17 Uhr; Mondaufgang 3,58 nachmittags, Untergang 7,27 Uhr vormittags.

☽ **Inden**, 26 Jan. Herr Dechant Klöcker hat es verstanden, in der kurzen Zeit seines Hierseins die Zuneigung und Hochachtung seiner Pfarrangehörigen sich zu sichern, nicht allein auf seelsorgerischem Gebiet, sondern auch durch seine volkstümlichen Vorträge über Astronomie. Wir glauben hier einen Mann vor uns zu haben, der auf diesem Gebiete sehr bewandert ist, und es ist eine Freude, zu beobachten, daß sich mancher, dem bisher die Sternkunde gänzlich unbekannt war, durch die leichtfaßliche, gemütliche, man möchte sagen humorvolle Art und Weise des Herrn Dechanten sich immer mehr begeistert für die großartigsten Wunder der Schöpfung. So konnte eine Anzahl Liebhaber vor einiger Zeit durch das Stativ-Fernrohr des Herrn Dechanten (astronomische Vergrößerung 120 mal) die Venus, welche nunmehr in der Dämmerung verschwindet, bei günstiger Stellung gut beobachten, und war mancher erstaunt, eine Sichelgestalt gleich der des Mondes vor sich zu haben. Vor einiger Zeit wurde bei einem Vortrage in der Knabenschule vor dem Schulgebäude das Fernrohr aufgebaut und konnte jeder Vorübergehende, der Interesse zeigte, den Mond, diesen ausgestorbenen Himmelskörper, den treuen Erdtrabanten, beobachten; man sah deutlich seine ausgebrannten Krater und seine Gebirge. Möge es dem Herrn Dechanten Klöcker beschieden sein, noch lange Jahre segensreich hier zu wirken, und möge er den edlen Zweig am großen Baume der Naturwissenschaften, die Sternkunde, stets weiterpflegen und immer mehr Zuhörer in ihren Bann ziehen. Wir sind uns bewußt, daß er damit viel Gutes schafft, denn der denkende Mensch, dem nicht alles edle Gefühl erstorben ist, muß sich sagen, wenn er hinaufschaut in das große Universum, in das unermessene All, wo in rasender Rotation tausende Welten kreisen: hier herrscht heilige Ordnung! Und staunend muß er auf Grund dieser Gesetzmäßigkeit auf den Gesetzgeber schließen, und nicht leicht mehr wird er den seichten, bodenlosen Phrasen moderner Atheisten Glauben schenken: alles ist blinder Zufall! sondern begeistert wird er mit Beethoven singen: die Himmel rühmen des Ewigen Ehre! oder andächtig mit dem Psalmisten ausrufen: Groß sind deine Werke, o Herr, und alles hast du mit Weisheit gemacht! W.

-r. **Aachen**, 26. Jan. In einer Strafsache wider einen Gehilfen aus Rheydt vor dem Heinsberger Jugendgericht wegen Diebstahls von Möhren bei Lindern am Morgen des 24. Dezember 1923 beschwor ein Arbeiter aus Odenkirchen an jenem Tage sei der Gehilfe bei ihm in M.Gladbach gewesen. Tatsächlich hat sich der Gehilfe wohl an dem Diebstahl beteiligt. Der Arbeiter war jetzt am Schwurgericht wegen Meineid angeklagt, während dem 18jährigen Gehilfen und dessen Stiefvater, einem Weber aus Randerath, Verleitung zum Meineid zur Last gelegt wird. Der Arbeiter belastet die beiden außerordentlich und behauptet, sie hätten ihm fortgesetzt zugeredet, er solle das Alibi beschwören; er selber sei in gutem Glauben gewesen. Der Gehilfe und sein Stiefvater bestreiten jede Schuld. Sie wurden zu 3 Monaten Gefängnis bezw. 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und der Arbeiter zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; allen Angeklagten wurde die Eidesfähigkeit für lebenslänglich aberkannt.

MTB. **Monschau**, 26. Jan. Regierungsrat Dr. Schwenzer, ein geborener Krefelder, der bisher in Mörs die Geschäfte für den ausgewiesenen und noch nicht zurückgekehrten Landrat von Endert geführt hat, ist mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des Landratsamtes in Monschau betraut worden.

Wp. **Bergheim (Erft)**, 26. Jan. (Diamantene Hochzeit.) Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit werden am 10. Februar die Eheleute Bertram Busch und Frau geb. Sibilla Breidenbach im Alter von 91 und 95 Jahrn begehen. Beide Eheleute erfreuen sich einer seltenen Rüstigkeit.

Wp. **Köln**, 26. Jan. (Alle von der Besatzung beschlagnahmten Vergnügungslokale freigegeben.) Das „Moderne Theater", in dem das 2. Armee Cinema untergebracht war, ist seinem Eigentümer zurückgegeben worden. — Das Variete „Groß-Köln", in dem sich die englische Bibliothek und die Y. M. C. A. befanden und das als erstes Vergnügungslokal Anfang Dezember 1918 der Beschlagnahme durch die Engländer verfiel, ist als letztes der beschlagnahmten Lokale zurückgegeben worden. Das Lokal wird nach einem größeren Umbau und umfangreichen Erneuerungen am 1. September in altem Stile seinen auf Massenbesuch eingestellten Betrieb eröffnen.

Wp. **Köln** 26. Jan. (Tödlicher Sturz.) Gestern stürzte in der Zeppelinstraße ein Mann beim Fensterputzen aus der Höhe des zweiten Stockes auf die Erde und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er alsbald verstarb.

MTB. **Honnef**, 26. Jan. Eines der ältesten Häuser des Städtchens Honnef, das Haus Bergstraße 11, steht jetzt vor dem Abbruch. das alte Lehmfachwerkhäuschen mit seinen niedrigen Fensterchen und dem angebauten Tormäuerchen hat im Volksmund viel von sich reden gemacht: „Det Hus hätt jett an sich!", so hieß es immer, wenn es einen neuen Bewohner aufnahm, der sich später als Sonderling entpuppte und dann mit der Jugend manche Fehde auszutragen hatte. Die Honnefer Chronik wird sich des Häuschens annehmen, und die Kamera wird hoffentlich einen Wandschmuck für das städtische Museum liefern.

Wp. **Bernkastel-Cues**, 26. Jan. (Großfeuer.) Samstag abend 10,30 Uhr brach auf bisher unaufgeklärte Weise in dem Oekonomiegebäude des Alois Junges im benachbarten Monzelfeld Feuer aus. Die mit Heu und Stroh gefüllte Scheune war in kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Mit rasender Schnelligkeit griff das Feuer auf die angebaute Scheune des Nikolaus Klesius über. Dem Feuer zum Opfer gefallen sind zwei Scheunen und ein Wohnhaus sowie sämtliches Rindvieh des Landwirts Junges. Der entstandene Schaden ist sehr groß, da das Vieh garnicht und die Gebäude nur gering versichert waren.

MTB. **Homberg**, 26. Jan. (Am Hochzeitstage freiwillig aus dem Leben geschieden.) An ihrem Hochzeitstage hat hier eine junge Frau ihrem Leben ein Ende gemacht. Während der Mann und die Gäste sich in der Küche befanden, stach sich die Frau ein Messer durch die Brust. Sie starb kurz darauf an den Folgen der schweren Verletzung. Man nimmt an, daß Schwermut die Ursache des Selbstmordes der jungen Frau ist. Die Frau hatte bereits zweimal vorher versucht, ihrem Leben ein Ende zu machen.

Wp. **Weilbronn**, 26. Jan. (Eine neue Tropfsteinhöhle.) Durch Zufall wurde vor einiger Zeit unweit Kuchalb beim Hohenstein eine schöne, tropfsteinreiche Höhle an der Deltaschicht des weißen Jurageseins entdeckt. Die Höhle liegt in der Gemarkung Kuchen.

Wp. **Frankfurt** 26. Jan. (Vorbereiteter Theaterskandal.) In der Aufführung des dreiaktigen Lustspiels „Der fröhliche Weinberg" am Sonntag abend im Schauspielhause kam es zu lebhaften Skandalszenen auf den Galerieplätzen. Während des ganzen ersten Aktes wechselten sich Zischen und Husten, fein verabredet, ab. Beim Aktschluß folgte rauschender Applaus, in den sich wieder Husten und Zischen, übertönt von Sirenenpfeifen, mischten. Es ertönten Pfuirufe und man hörte die Worte: Hinaus mit den Studenten. Das erregte Publikum rief nach der Polizei. Der im Hause anwesende Polizeioffizier ging schließlich zur Galerie hinauf und verwarnte die Leute, die aber darauf pochten daß ihnen diese Art Demonstration nicht verwehrt werden könne, da das Strafgesetzbuch ein solches Handeln nicht unter Strafe stelle (?). Die Demonstranten verließen schließlich geschlossen die Galerie, erschienen jedoch zum Schlusse der Vorstellung nochmals, um sich wieder in der oben geschilderten Weise hervorzutun.

Wp. **Frankfurt**, 26. Jan. (Pünktlichkeit ist eine Zier.) In dem Büros des Rathauses beginnt die Arbeit pünktlich um acht Uhr, ein Zeitpunkt, der aber von vielen nicht innegehalten wird, was auch anderswo vorkommen soll. Am Freitag früh erlebten aber die zahlreichen Nachzügler eine seltsame Ueberraschung. Sie fanden sämtliche Türen verschlossen und mußten sich zum Gaudium der Straßenpassanten in langer Reihe auf der Straße aufstellen. Dann ließ man die „Schlachtenbummler" einzeln herein. Jeder aber mußte zuvor seinen Namen in eine Liste eintragen und den Grund der Saumseligkeit angeben. Am Samstag vormittag soll übrigens nicht ein einziger Beamter zu spät gekommen sein. Auch die höheren Beamten nicht!

Handel, Gewerbe und Industrie.

Kölner Getreide- und Futtermittel-Börse vom 26. Januar.

(Die Preise verstehen sich in Reichsmark für die 100 Kilo, Frachtlage Köln.)

	26. 1.	22. 1.		26. 1.	22. 1.
Weizen, inländ.	26,00 26,40	26,50 26,75	Kiele, brutto mit Sack	11,50 14,50	11,50 14,50
„ ausländ.	32,00 34 00	—	Ackerbohnen	—	—
Roggen, inländ.	17,50	17,50 17,75	Rückkuchen, lose	14,50 14,75	14,50 14,75
„ ausländischer	22,50 23,00	21,75 22,75	Palmkuchen, lose	15,00 15,75	15,25 16,00
Hafer, hiesiger	17,00 18,10	17,00 18,10	Leinkuchen, lose	24,75 25,00	25,00 25,25
„ norddeutscher	—	—	Leinmehl	25,00 25,50	25,25 25,75
„ ausländischer	19,75 22,75	20,25 22,25	Sojaschrot, br. m. S.	21,25 21,50	21,25 21,50
Futtergerste, ausländ.	17,50 17,75	17,50 17,75	Trockenschnitzel	—	—
Wintergerste, inländ.	17,50 18,00	17,50 18,00	Zuckerschnitzel, lose	12,50 13,50	12,50 13,50
Sommergerste, inl.	20,75 21,25	20,75 21,50	Wiesenheu, inl. lose	8,50 9,50	8,50 9,50
Mais, grober	19,00 19,25	19,75 20,00	„ inl., gepreßt	10,00 11,00	10,00 11,00
„ kleiner	21,00 23,00	22,25 22,50	Kleeheu, inländ.	8,50 10,50	8,50 10,50
Raps, prima trocken	—	—	„ ausländ.	10,00 12,00	10,00 12,00
Roggenmehl 70% inl.	26,00 27,00	26,00 27,00	Roggenstroh, gepreßt	2,60 2,80	2,60 2,80
„ 70%	29,00 29,50	29,00 29,50	Weizenstroh, gepreßt	2,60 2,80	2,60 2,80
Weizenmehl 70% inl.	34,50 35,50	34,50 35,50	Haferstroh, gepreßt	2,80 3,00	2,80 3,00
„ 70%	39,00 39,50	39,00 39,50	Roh-Melasse	6,00	6,00

An der heutigen Börse bestand sowohl für Getreide als auch für Futtermittel wenig Kauflust. Die Preise für einzelne Artikel haben eine kleine Ermäßigung erfahren.

Wp. **Köln**, 26. Jan. (Hauptmarkt.) Die Zufuhren in Gemüse und Obst zum heutigen Hauptmarkt waren sehr reichlich, die Zahl der auswärtigen Aufkäufer außerordentlich groß, so, daß sich trotz des für die Jahreszeit sehr reichen Angebots der Verkauf ziemlich flott abwickelte. Die Preise wurden nur um ein geringes gedrückt. Man zahlte für Spinat 15—20, für Grünkohl 6—7, für Feldsalat 30—45, für Rosenkohl 30—35, für Möhren 8—10 Pfennig das Pfund. Industriekartoffeln kosteten 3,50—3,60 Mark, Nieren 7 Mark der Zentner. Seefische waren weniger, Rheinfische keine am Markt. Geflügel gab es sehr reichlich. Butter kostete 1.80—2,10 Mark das Pfund, Eier 12—22 Pfennig das Stück.

Siebenter allgemeiner deutscher Saatenmarkt.

WTB. **Berlin**, 26. Jan. (Telegramm.) Der von der Vereinigung der Saatenhändler des Deutschen Reiches und dem Verein der Berliner Getreide- und Produktenhändler veranstaltete Saatenmarkt war in diesem Jahre nicht so gut besucht wie in früheren Jahren. Zum Teil ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß in München heute ebenfalls ein Saatenmarkt stattfindet, was den Besuch aus Süddeutschland beeinträchtigt. Außerdem kam in dem Besuche wie in der allgemeinen Tendenz der Kapitalmangel der Landwirtschaft zum Ausdruck. Saatengetreide begegnete nur geringer Nachfrage. Von Sämereien waren Kulturgräser für Wiesen und Weiden etwas lebhafter gefragt. Reger Begehr bei schwachem Angebot bestand für Schwedenklee. Ebenso waren Luzerne und Roter Klee fest und gehalten. Seradella in alter Ware war stärker offeriert und wenig gefragt, während neue Ware, die in der letzten Zeit bereits anziehende Tendenz hatte, sehr fest lag. Eine gewisse Stütze boten der Tendenz für Brotgetreide die etwas festeren Meldungen aus Amerika. Besonders wirkte sich dies für Roggen aus. Die Preise für Sämereien stellten sich für 50 Kilo: für Rotklee auf 75—115 Mark, weißen Klee auf 70—125 Mark, gelben Klee auf 25—35 Mark, Schwedenklee 70—115, Tannenklee 65—75, Luzerne 80—98, Rayhis 14. Runkelrübensamen 38—44 Mark.

Jülicher Kreisblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises Jülich.
Gegründet 1823.

Bezugspreis für den Monat 2 Mark einschließlich Botengeld. Zum Postbezug tritt das Bestellgeld für die Zustellung durch den Briefträger. Preis der Einzelnummer 10 Pfg. der Doppelnummer 15 Pfg. Geschäftsstelle: Jülich, Kölnstraße 13. Fernruf Nr. 39. »»»» Telegrammadresse: Kreisblatt Jülich. Postscheck-Konto Amt Köln 24635. «««

Verantwortlich: Adolf Fischer und J. Friedrichs, Jülich.

Aelteste und verbreitetste Zeitung im Kreise.
Gegründet 1823.

Anzeigenpreis 20 Goldpfennig für die Petitzeile, behördliche Anzeigen 25 Goldpfennig, Reklamezeile 100 Goldpfennig, Auskunfts- und Offert-Gebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen bis zum Mittag des Vortages erbeten. Aufnahme an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Bei Klagen und Konkurs wird der Rabatt hinfällig. — Postscheck-Konto Amt Köln 24635.

Rotationsdruck und Verlag: Jos. Fischer, Jülich.

Mittwoch den 27. Januar 1926 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage — 103. Jahrgang – Nr. 21 (2. Blatt)

Luther entwickelt sein Programm.

Die Kommunisten und die Völkischen lärmen.

Regierungserklärung und Parteien.

Berlin, 26. Jan. 1926. Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß heute, daß das Plenum nur die Erklärung des Reichskanzlers entgegennehmen und sich dann auf Mittwoch nachmittags 1 Uhr vertagen soll, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zum Regierungsprogramm Stellung zu nehmen. Die politische Debatte soll nur zwei Tage dauern und am Donnerstagabend abgeschlossen werden. Die Redezeit ist daher beschränkt worden, sie beträgt für jede Fraktion nur 1½ Stunde. Die Fraktionen haben aber das Recht, diese Zeit auf zwei Redner zu verteilen. Die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge zur Regierungserklärung erfolgen am Donnerstagabend Am Freitag soll die erste Lesung des Etats stattfinden, wenn der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold bereit ist, schon an diesem Tage einleitende Erläuterungen zum Etat zu geben. Sollte das nicht der Fall sein, so werden am Freitag nur kleine Vorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die erste Lesung des Etats wird dann erst am Mittwoch nächster Woche stattfinden. Der nächste Samstag, Montag und Dienstag ist sitzungsfrei.

Der Untersuchungsausschuß für die Fememorde, der 21 Mitglieder zählt, ist um ein Mitglied verstärkt worden, um auch der Völkischen Fraktion Gelegenheit zu geben, in diesem Ausschuß vertreten zu sein.

Die Regierung stellt sich vor.

Berlin, 26. Jan. 1926.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstags stand als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Die Kommunisten begrüßen den Reichskanzler mit lärmenden Rufen. U. a. hört man: Geßler raus!

Reichskanzler Dr. Luther

führt aus:

Die jetzt dem Reichstag vorgestellte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Versuche zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition mißlungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nur mehr von einer Minderheit des Reichstages getragene Reichsregierung zustandezubringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer

Koalitionsregierung der Mitte

zusammengeschlossen. Es wird Sache des Hohen Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, als ich dem Hohen Hause eine Mehrheitsregierung vorstellen durfte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgesucht, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute dem Hohen Hause vorzustellen berufen bin, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaß die Geschäfte des Reiches angemessen und zum Nutzen des Volkes führen kann. In der Außenpolitik ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zurückgetretene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Entschließung des Reichstages vom 27. November 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insonderheit zugunsten des besetzten Gebietes. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amts zu eingehender Aussprache hierüber und über die Außenpolitik überhaupt Gelegenheit geben wird. Es erscheint der Reichsregierung empfehlenswert, hierbei alle Einzelfragen der Außenpolitik im Hohen Hause zu erörtern und dabei die vorliegenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einzubeziehen. Meinerseits möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zurzeit im Mittelpunkt der Erörterungen steht: das ist die Frage der

Besatzungsstärke

in der zweiten und dritten Zone. Hierüber hat die dem Hohen Hause bekannte Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 vorgesehen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll, und zwar so, daß die künftige Besatzungsstärke sich den Normalziffern nähert. Der Begriff der Normalziffern kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten, die seinerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dementsprechende Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage und die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die

Innenpolitik

betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zu Beamtentum und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiet der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben, unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung gedenkt eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden fürstlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Unruhen eines Volksentscheids ersparen möchte.

Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformgedanken, um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufenden Arbeiten handelt, muß von dem Grundsatz beherrscht sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparsamkeit, der seine Wurzeln im stärksten vaterländischen Verantwortlichkeitsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden sollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden ausbauen.

Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine

Wirtschaftskrise

von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Ueberwindung ist dringendste Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Aufbietung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzwirtschaftlichem und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erstarkung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitester Volkskreise zu lindern. Alle Bemühungen um Verringerung der öffentlichen Abgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in dem durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Staate und in den Belastungen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen mußten. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtbelastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschleunigung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den Abbau wirtschaftshemmender und damit preisverteuernder Steuern weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breiten Massen der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Ueberweisungen durch Zuschläge abgelöst werden. Dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen, und daß ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen. Daß keinerlei Hinabgleiten in inflatorische Ausgaben in Frage kommen kann, ist selbstverständlich.

Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng umgrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschleunigung die bäuerliche und Arbeitersiedlung in volksarmen Teilen des Ostens fördern. Die allgemeinen Siedlungspläne sollen hierdurch nicht berührt werden Für die Förderung des Wohnungsbaues sind der Reichsregierung Beratungen, die mit den Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzuleugnenden Ueberteuerung des Baues zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden, und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erstgestellter langfristiger Hypothekarkredite. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigere und langfristigere Kredite.

Die Reichsregierung denkt dabei besonders auch an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Golddiskontbank wird der Landwirtschaft über die Rentenbank-Kreditanstalt ein beträchtlicher Zwischenkredit alsbald zugeführt. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit allen Mitteln die Landwirtschaft ertragfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Steuerung der allgemeinen Not der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in den andern Wirtschaftskreisen, ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung, und soweit irgend möglich, Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr. Die gesamten

Handelsvertragsverhandlungen,

die ohne Unterbrechung fortzusetzen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befruchtung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Zölle, die im Auslande vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den gesamten Stand der europäischen Zölle möglichst herabzudrücken. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Absicht eine Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeinere zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigem Wege erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich auf außergewöhnliche Entwicklung der Wirtschaftslage in allen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmungen beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden, sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete

Preissenkungsaktion mit Nachdruck

fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßiger Preisbelastung zu befreien und dadurch gerade auch die gesunde Kraft sowohl der großen Wirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Beseitigung der Geschäftsaufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberteuerung befreit, eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbsstände abhängt. Die zurückgetretene Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfange gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiter arbeiten. Es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Gang befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbsstände erneut zu erörtern Der unverrückbare Zweck der Preissenkungsmaßnahmen neben der Gesundung der Wirtschaftslage ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben in der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein

Arbeiterschutzgesetz

einbringen, das die Bestimmung über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer international geregelten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängig gemacht werden. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zwecke das zurzeit dem Reichstag vorliegende Arbeitergerichtsgesetz weiter verfolgen wird. Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Notstandsarbeiten an die Kommunal- und andere Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Milderung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befürchtet werden.

Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann. Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosennot bleiben dabei immer solche, die der deutschen Wirtschaft den Antrieb zur innerlich gesundenden Arbeit geben. Auch um dieses Zieles willen muß die deutsche Gesamtpolitik auf die Herstellung und Festigung eines wirklichen

europäischen und Weltfriedens

eingestellt sein.

Damit habe ich in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgaben umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses Hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich bestreben wird. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen.

Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Wichtigkeit seines Volkes gebührt.

Die Rede des Reichskanzlers, die gerade eine halbe Stunde dauerte, wurde am Schluß mit dem Beifall der

...parteien begrüßt, während von den Kommunisten und auch von den Völkischen Zischen ertönte. Als der Reichskanzler begann, rief ihm der Abg. Höllein zu: Der Kanzler mit der eisernen Stirn. Auch im weiteren Verlauf wurde die Rede an sehr vielen Stellen von schmähenden und ironischen Zwischenrufen aus den Reihen der Kommunisten unterbrochen, die im einzelnen durch den wiederholt längeren Lärm nicht verständlich waren, aber dem Präsidenten Loebe Veranlassung gaben, eine Reihe von Ordnungsrufen zu erteilen. Ordnungsrufe erhielten die Abgeordneten Höllein, Thaelmann, Schneller und Heckert.

Der Abgeordnete Höllein rief, wie es mit der Mietsteuer stehe. Präsident Loebe mußte sehr oft die Glocke schwingen und unter Androhung schärferer Maßnahmen die Kommunisten zur Ruhe auffordern. Auf einen Zwischenruf bemerkte der Präsident, der Reichskanzler spricht, was er will, worauf der Abg. Rädel rief: Er soll sagen, was die Arbeiter brauchen! Präsident Loebe: Herr Rädel, das können Sie ja in Ihrer Rede sagen. Der Präsident ruft ihn wegen fortgesetzter Störung zur Ordnung. Einige Aeußerungen des Reichskanzlers wurden auch von den Völkischen mit Zwischenrufen begleitet. Als der Reichskanzler die Frage der Fürstenabfindung behandelte, rief ein Völkischer: Wo bleiben die Juden? (Heiterkeit.) Die Rede des Reichskanzlers wurde von den Kommunisten andauernd mit Zwischenrufen begleitet.

Als der Reichskanzler seine Rede beendet hatte und das Zischen der Kommunisten und Völkischen sowie der Beifall der Regierungsparteien beendet waren, beantragte Abg. Schultz-Bromberg (DN.), daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufzählt, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde.

Unter großer Heiterkeit standen für diesen Antrag sämtliche an der Regierung nicht beteiligte Parteien auf, so daß er Annahme fand.

Auch Abg. v. Gräfe (Völk.) verlangte das Wort, um auszuführen: Bei der gänzlichen Inhaltslosigkeit und Programmlosigkeit der Ausführungen des Reichskanzlers sehe ich nicht ein, was die Fraktionen vor der Besprechung der Regierungserklärung noch auseinander verhandeln sollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten und Völkischen, Glocke des Präsidenten.) Wenn wir ebensowenig gegen diese Kanzlererklärung sagen wollen, wie der Kanzler selbst überhaupt gesagt hat, dann brauchen wir gar nichts zu sagen. (Heiterkeit.) Der Redner beantragt, daß die Besprechungen der Kanzlererklärung sofort vorgenommen werden.

Gegen Kommunisten und Völkische wird dieser Antrag jedoch abgelehnt und gemäß dem Vorschlag des Präsidenten Löbe beschlossen, die Besprechungen der Regierungserklärung am Mittwochnachmittag 1 Uhr beginnen zu lassen.

Um 3 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Drei Mißtrauensvoten im Reichstag eingebracht.

⊙ **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Während die Regierungsparteien heute im Reichstag eine gemeinsame Erklärung zur Regierungserklärung verlesen lassen werden, haben die kommunistische, die völkische und auch die deutschnationale Fraktion Mißtrauensanträge eingebracht, dahingehend, daß die neue Reichsregierung nicht das Vertrauen des Reichstages habe. Die Völkischen beantragen dazu noch, sofort die Zahlungen aus dem Dawesplan mit Rücksicht auf die katastrophale Wirtschaftslage einzustellen. Ob die Mißtrauensvoten angenommen oder abgelehnt werden, liegt wesentlich an der Haltung der Sozialdemokratie. Wie die heutigen Morgenblätter melden, haben die Sozialdemokraten gestern noch keinen Beschluß darüber gefaßt, wie sie sich zu den Mißtrauensvoten stellen werden. Die Vossische Zeitung glaubt, daß man bei der Abstimmung über die Voten zum mindesten mit einer Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnen könne. Auch das Berliner Tageblatt erklärt, daß die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Augenblick an einem Sturz der Regierung kein Interesse hätten. Wenn alle Mißtrauensanträge die Unterstützung der Stimmen aller Oppositionsparteien finden würden, so könne, wie das erstgenannte Blatt bemerkt, mit Hilfe der Wirtschaftspartei noch immer eine geringe Mehrheit erzielt werden. Ob die Regierungsparteien eine Billigungsformel für die Regierungserklärung einbringen werden, steht den Blättern zufolge noch nicht fest. Zu erwähnen ist noch eine Notiz der Täglichen Rundschau, wonach in der Aussprache des Reichstags auch der Reichsaußenminister das Wort ergreifen werde, und zwar voraussichtlich nicht vor Donnerstag.

*

Bei Besprechung der Regierungserklärung gehen die Ansichten der Blätter natürlich auseinander. Die deutschnationalen Zeitungen nennen die Rede Luthers ausweichend und nichtssagend, ihre Schwäche sei das Abbild der Regierung selbst. Die Abstimmung während der Geschäftsordnungsdebatte, die gegen die Regierung ausfiel, bedeute praktisch natürlich nichts, sei aber ein Symptom für die Stimmung. Die Germania sagt, Luther habe gar nicht anders gekonnt, die Aufgaben der Regierung mehr andeutend als ausführend zu behandeln. Der Vorwärts erklärt, Dr. Müller werde heute den Kanzler viel zu fragen haben, um seine dürftige Erklärung zu ergänzen, und dann werde man sehen, ob die neue Regierung Aussicht habe, auch nur die erste Reichstagsdebatte zu überleben. Das volksparteiliche Blatt, die Täal. Rundschau, glaubt annehmen zu können, daß die Absicht, die Debatte so kurz wie möglich zu halten, und schon am Donnerstag eine Entscheidung herbeizuführen, dafür zu sprechen scheine, daß man, gleichgültig auf Grund welcher Motive, das Fortbestehen des neuen Kabinetts letzten Endes nicht hindern werde.

*

Der Arbeitsplan des Reichstages.

MTB. **Berlin** 26. Jan. (Telegramm.) Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß heute, daß das Plenum nur die Erklärung des Reichskanzlers entgegennehmen und sich dann auf Mittwochnachmittag 1 Uhr vertagen soll, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zum Regierungsprogramm Stellung zu nehmen. Die politische Debatte soll nur 2 Tage dauern und am Donnerstagabend abgeschlossen werden. Die Redezeit ist daher beschränkt worden. Sie beträgt für jede Fraktion nur 1½ Stunden. Die Fraktionen haben aber das Recht, diese Zeit auf zwei Redner zu verteilen. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge zur Regierungserklärung erfolgt am Donnerstagabend. Am Freitag soll die erste Lesung des Etats stattfinden, wenn der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold bereit ist, schon an diesem Tage Erläuterungen zum Etat zu machen. Am Samstag, Montag und Donnerstag sollen keine Plenarsitzungen stattfinden.

Eröffnung des Provinziallandtages.

70. Rheinischer Provinziallandtag.

Die Eröffnungssitzung.

Düsseldorf, 26. Januar 1926. (Drahtbericht.) Im freien Düsseldorf! Nach sieben schweren trübnisreichen Jahren unter fremder Beobachtung trat der Rheinische Provinziallandtag heute zum ersten Male wieder in dem von der Besatzung freien Düsseldorf zur Tagung zusammen. Vom Ständehaus am Schwanenspiegel grüßen die lustig im Winde flatternden Fahnen in den Farben des Reiches und der Provinz die Volksboten. Auch im Ständesaal, wo sich die Mitglieder zu den Plenarsitzungen versammeln, kommt die neue Situation sinnfällig zum Ausdruck. Auf dem dem Präsidium zunächst gelegenen Platze erblickt man, wie in früheren Jahren, die bei der Zivilkleidung aller Anwesenden doppelt befremdlich wirkende Uniform des französischen Ueberwachungsoffiziers und den neben ihm sitzenden Dolmetscher nicht mehr. Freude und Genugtuung darob spricht aus den Mienen aller Mitglieder des Hauses.

Dem traditionellen Brauch getreu versammelten sich die Abgeordneten der katholischen und evangelischen Konfession zu feierlichen Gottesdiensten in ihren Kirchen, um den Segen des Himmels für die Beratungen des Parlaments zu erbitten. Die katholischen Mitglieder des Hauses wohnten in der St. Lambertikirche einem Segenshochamte bei.

Der Beginn der Sitzung.

Kurz vor 12 Uhr strömen die Abgeordneten in den Plenarsitzungssaal. Eine Reihe alter bewährter Abgeordneter der verschiedensten Fraktionen gehören infolge Ablehnung eines weiteren Mandats oder Niederlegung des bereits übertragenen Mandats dem neuen Landtag nicht mehr an. Vom Zentrum fehlen die früher in den Plenarsitzungen wiederholt hervorgetretenen Abgeordneten Oberregierungsrat Dr. Heß (Ahrweiler), sowie die in Schul- und Erziehungsfragen kenntnisreiche und erfahrene Frau Schumacher-Köhl, der ehrwürdige langjährige Alterspräsident des Hauses Geh. Sanitätsrat Dr. Olbertz (Bonn), dessen kernige warme patriotisch durchhauchten Ansprachen in frischer Erinnerung bleiben. Von der liberalen Arbeitsgemeinschaft ist nicht mehr erschienen der Trierer Oberbürgermeister von Bruchhausen und von den Demokraten der rheinische Demokratenführer Justizrat Falk (Köln), von den Deutschnationalen Staatsminister a. D. Wallraf, von den Sozialdemokraten fehlt der Abgeordnete Bauknecht, von den Kommunisten, deren Führer in der ersten Zeit, der Remscheider Beigeordnete Koch, der immer gemäßigter wurde und schließlich die Führung an den Kölner Volksschullehrer Knab, abgeben mußte.

Der bisherige Landtag zählte 155, der neue Landtag zählt 163 Mitglieder. Davon entfallen auf das Zentrum 72 (gegen bisher 73), auf die Sozialdemokraten 23 (31), auf die Kommunisten 21 (14), auf die Deutsche Volkspartei 16 (20), auf die Deutschnationalen 16 (14), auf die Demokraten 4 (5). Neu hinzugetreten sind die Wirtschaftspartei mit 4 Mitgliedern, die Rheinische Bauern- und Winzerliste mit 2, der Sparerbund mit 2 und der Bund für Aufwertung mit 1 Abgeordneten.

Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale und die Demokraten haben sich wieder, wie bei dem letzten Landtag, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Ihre Stärke ist von 40 auf 36 zurückgegangen. Als neue Fraktion ist hinzugetreten die Wirtschaftspartei mit ihren 6 Mitgliedern. Sie hat sich mit den 2 Vertretern des Sparerbundes, mit einem Vertreter des Bundes für Aufwertung und einem Vertreter der Rheinischen Bauern- und Winzerliste zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Platzverteilung im Saal ist im wesentlichen die alte geblieben. Die neue Fraktion der Wirtschaftspartei hat im hinteren Teile des Saales im Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft Platz gefunden. Als Allerletzter des langen Teiles hat vereinsamt der in der Separatistenzeit sehr häufig genannte Abgeordnete Dr. Joseph Christoph Limbourg (Bitburg), von der Rheinischen Bauern- und Winzerliste, seinen Platz angewiesen erhalten.

Eine Ueberraschung.

Die Rheinische Bauern- und Winzerpartei ist bekanntlich eine Gründung der Familie Limbourg (Bitburg), die in der Separatistenzeit immer wieder mit den Bestrebungen der Separatisten in Verbindung gebracht wurde. Auf ihren Namen ist der Winzer Friedrich Braun aus Roxheim (Kreis Kreuznach) gewählt worden. Der zweite Abgeordnete ist der erwähnte Abg. Dr. Josef Limbourg. Bis in die Vormittagsstunden des heutigen Eröffnungstages des Landtages hatte bei der Wirtschaftspartei nur das eine Mitglied der Rheinischen Winzer- und Bauernliste, der oben genannte Abgeordnete Braun, Aufnahme gefunden. Es erregte peinliches Befremden im ganzen Hause, daß dank heftiger zwischenzeitlicher Ueberredungskünste auch der zweite Abgeordnete der Winzerliste, Dr. Limbourg, der Fraktionsgemeinschaft der Wirtschaftspartei beigetreten bzw. von dieser liebevoll aufgenommen worden ist. Die Annahme, daß es den Mitgliedern der Wirtschaftspartei, von denen einer seinen Stand als Major, ein anderer als Leutnant angibt, doch etwas peinlich vorkommen müsse, mit dem Herrn Limbourg in einer Fraktion zu sitzen, hat sich als trügerisch erwiesen.

Durch diesen Zuwachs der Wirtschaftspartei werden die in den gestrigen und heutigen Vorberatungen getroffenen interparteilichen Abmachungen entscheidend beeinträchtigt. Aller Anschein spricht dafür, daß sich das kürzlich aus einem Kreistag des Trierer Bezirks gemeldete Vorgehen der bürgerlichen Parteien (außer Zentrum), die sich nicht scheuten, sogar sich mit dem Vertreter der Separatisten zu koalieren, lediglich um den Einfluß des Zentrums zu schwächen, im rheinischen Provinziallandtag wiederholt.

Unter dem Eindruck des oben geschilderten Vorganges fand die für 12 Uhr vorgesehene Eröffnung des Landtages durch den Oberpräsidenten nicht statt.

Die Eröffnung wurde vielmehr zur allgemeinen Ueberraschung bis auf 2 Uhr vertagt.

*

Düsseldorf, 26. Januar 1926. (Drahtbericht.) Die plötzlich eingetretenen Schwierigkeiten des Vormittags, die zu der mitgeteilten unerwarteten Verschiebung der für 12 Uhr anberaumten Eröffnung des Landtages führten, konnten in dreistündigen Beratungen der Fraktionen in den Mittagsstunden erfreulicherweise behoben und eine Verständigung erzielt werden.

Um 3 Uhr konnte die Eröffnung des Landtages durch

Oberpräsident Dr. Fuchs

als bestellten Staatskommissar vor sich gehen.

Er begrüßte namens der preußischen Staatsregierung die Abgeordneten und sprach über die für uns Rheinländer immer noch im Vordergrund stehenden Angelegenheiten: Locarno und ferner die Hochwasserkatastrophe. Er anerkannte, daß seit Locarno eine gewisse Entspannung und mancherorts auch eine Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Aber es bleibe doch noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzt bleibenden zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Stärke der ihr auch weiterhin auferlegten Besatzung. Die gewaltige und bei der großen Wohnungsnot schier unerträgliche Inanspruchnahme von Wohnraum mit den unvermeidlichen Anlässen zu Reibungen müsse ein unbedingtes Hindernis für die weitere Entspannung und die so wünschenswerte Befriedung bilden. Sie müsse auf die Dauer den Geist der Versöhnlichkeit gefährden.

Zu der allgemeinen und tiefen Not, in der sich die Mehrzahl der gesamten deutschen Bevölkerung infolge der starken wirtschaftlichen Depression schon seit längerer Zeit befindet, ist für die Rheinprovinz um die Jahreswende ein neues, verheerendes Unglück getreten durch das gewaltige Hochwasser des Rheines. Das habe sich im Laufe von etwa sieben Jahren viermal und in etwas mehr als Jahresfrist zweimal wiederholt. Im Rahmen der Leistungsfähigkeit soll versucht werden, die wesentlichen Schäden zu ersetzen. Insbesondere muß der minderbemittelten Bevölkerung bei der Austrocknung und Wiederherstellung ihrer durch die Häufung der Hochwasser immer mehr beschädigten Wohnungen geholfen werden. Darüber hinaus sind alle Maßnahmen eingeleitet, um etwaige tiefere, noch nicht erkannte Ursachen der sich in der letzten Zeit so oft wiederholenden Hochwasser zu ergründen. Es werden ferner alle Vorkehrungen zu treffen sein, um künftige Hochwasserkatastrophen in weitestem Umfange hintanzuhalten und sie in ihren Wirkungen nach bester Möglichkeit abzuschwächen. Die Provinz hat sich bei dem ersten Hilfswerk im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Der neue Provinzialausschuß wird es als eine seiner ersten Pflichten betrachten müssen, dem voraussichtlich im März wieder zusammentretenden Provinziallandtag Vorschläge für die weitere Beteiligung der Provinz an dem Hochwasserhilfswerk zu unterbreiten.

Der Landtag werde über den Provinzialhaushalt, über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen zu beschließen haben, nachdem der neue Provinzialausschuß diese in ordnungsmäßiger Weise vorbereitet habe.

Der Vorlagen, die diesem Landtage gemacht werden können, sind nur wenige. Sie sind ausschließlich formaler, aber darum keineswegs untergeordneter Natur.

Der Oberpräsident schließt mit folgenden Worten: „Möge es Ihnen gelingen, alle richtigen Personen an den rechten Platz zu stellen. Wählen Sie Männer und Frauen, die zwar treu zu ihrer Partei als dem grundlegenden Aufbau unseres jetzigen politischen Lebens stehen, denen aber die Partei nicht Dogma ist, sondern das Mittel, um der eigenen Ueberzeugung entsprechend dem Vaterlande, dem Staate und unserer geliebten Heimatprovinz am besten zu dienen."

Chamberlain kommt nach Paris.

Paris, 26. Januar 1926. Der britische Außenminister Chamberlain wird Mittwochabend in Paris erwartet. Donnerstagmittag wird er an einem Diner teilnehmen, welches ihm zu Ehren von der Vereinigung Amitié française gegeben wird. Abends ist Chamberlain Gast des spanischen Botschafters. Im Laufe des Tages erwartet man eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Briand. Dem Vernehmen nach wird auch die weitere Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland, sowie die Frage der noch ausstehenden Abrüstungsmaßnahmen Deutschlands Gegenstand der Unterhaltung sein. Am Quai d'Orsay wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen anläßlich der Banknotenfälschungen für Frankreich einen sehr unbefriedigenden Verlauf nehmen, so daß auch diese Angelegenheit zwischen den beiden Ministern zur Sprache kommen werde. Ferner dürfte der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sowie das polnische Begehren, gleichfalls einen Sitz im Völkerbund zu erhalten, nicht den unwichtigsten Teil der Aussprache bilden. Freitag wird Chamberlain Paris wieder verlassen.

Mittelhauser übernimmt das Kommando in Marokko.

WTB Prag, 26. Jan. 1926. (Drahtber.) Der Chef der französischen Militärmission, General Mittelhauser, der in seiner Eigenschaft als Generalstabschef der Tschechoslowakei jüngst durch einen andern General ersetzt wurde, und zum technischen Berater und Minister für nationale Verteidigung ernannt war, verläßt Prag, um das Armeekommando in Marokko zu übernehmen.

Die Schwierigkeiten im Rhein. Provinziallandtag.

⊙ **Düsseldorf**, 27. Jan. (Telegramm.) Das Eintreten des aus der Separatistenzeit bekannten Dr. Limbourg in den Rheinischen Provinziallandtag bringt diesem immer größere Schwierigkeiten. Alle Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, verurteilen das Zusammengehen der Wirtschaftspartei mit Dr. Limbourg, das anscheinend erfolgt ist, um heute die Mehrheit des Zentrums im Provinzialausschuß zu brechen, was aber anscheinend trotzdem verhütet wird. Der Landeshauptmann hatte auf gestern abend zu einem parlamentarischen Abend in seiner Dienstwohnung eingeladen. Zwei große Parteien erklärten, sie würden nicht erscheinen, wenn Dr. Limbourg komme. Damit seine Einladung kein Fehlschlag werde, hat der Landeshauptmann Dr. Limbourg, besser nicht zu kommen, worauf dann die Wirtschaftspartei erklärte, dann werde auch sie fernbleiben. Das Präsidium des Landtags setzt sich wie folgt zusammen: Erster Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Farres-Duisburg (Arbeitsgemeinschaft), stellvertretende Vorsitzende die Abgeordneten Knab (Kommunist), Eberle (Sozialdemokrat) und Dr. Sasse (Zentrum).

Zwischenkredite der Landesbank der Rheinprovinz zur Förderung des Wohnungsbaues.

WTB. **Düsseldorf**, 26. Jan. (Telegramm.) Die Landesbank der Rheinprovinz hat erfreulicherweise jetzt bereits erhebliche Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues in der Rheinprovinz bereitgestellt, die wieder wie in den vergangenen zwei Jahren lediglich als Zwischenkredite auf ein Jahr gegeben werden, und zwar nicht unmittelbar an die Bauenden, sondern nur an Gemeinde und Gemeindeverbände bezw. an deren Sparkassen unter der selbstschuldnerischen Bürgschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Zinsfuß beträgt z. Zt. elf Prozent. Die Anträge sind wieder an die Rheinische Wohnungsfürsorge-Gesellschaft zu stellen, und zwar solche aus den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Koblenz an die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft Düsseldorf, Ständehaus, solche aus dem Regierungsbezirk Aachen an die Zweigstelle der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft Aachen, Regierung, solche aus dem Regierungsbezirk Trier an die Zweigstelle der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft Trier, Büro Baracke Deworastraße. • Antragsvordrucke sind an denselben Stellen zu erhalten. Den Anträgen müssen unter allen Umständen Bauzeichnungen und Lagepläne beigefügt sein. Ein Teil der jetzt zur Verfügung gestellten Zwischenkredite der Landesbank soll zur Fertigstellung bereits begonnener Wohnungsbauten und der andere Teil zur Unterstützung in diesem Jahre zu beginnender Wohnungsbauten dienen.

Weltausstellung in Philadelphia.

WTB. **Philadelphia**, 26. Jan. (Telegramm.) Der von Coolidge beauftragte nationale Ausschuß zur Vorbereitung der Weltausstellung, die hier 1926 stattfinden soll, hat den 1. Juni einstimmig als Eröffnungstag angenommen.

Um die Kontrollkommission.

⊙ **Berlin**, 26. Jan. (Telegramm.) Mit der Räumung der ersten Zone soll auch die Kontrollkommission verschwinden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die militärischen Kreise, besonders in Paris, dem Friedenswerk von Locarno nicht hold sind. In diesem Sinne ist eine heutige Havas-Meldung aus London zu werten über einen angeblichen Bericht des Generals Walsh, des Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission, an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees in Versailles, wonach Deutschland noch nicht alle Erfordernisse der vier Listen vom 23. Oktober 1925 erfüllt habe, besonders nicht die Anforderungen der Listen 3 und 4 über das Verbot bestimmter Waffen, die Bestückung der Festung Königsberg, die militärischen Vereinigungen und die Polizei. Wenn deshalb auch die Kontrollkommission mit der Räumung der Kölner Zone zurückgezogen werde, so müßte doch der Aufenthalt der Kontrolloffiziere in Berlin verlängert werden. Das Wolffbüro sagt, der Havasbericht sei in dieser Form nicht zutreffend, wenn inbetreffs der Stärke der Polizei auch noch die Verhandlungen schwebten. Jedenfalls würden sie so beschleunigt, daß noch im Februar die Militärkontrollkommissionen ihre Tätigkeit wieder beenden können.

Zur Räumung der Kölner Zone.

Wp. **Koblenz**, 26. Jan. (Telegramm.) Entgegen anderslautenden Meldungen teilt das Reichskommissariat in Koblenz mit, daß die Räumung der sogen. Kölner Zone sich keinesfalls bis zum März, auch nicht bis zum 20. Februar, hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle ist nicht nur die militärische Räumung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt wird von der Botschafterkonferenz baldigst festgelegt werden.

Die Reise Hindenburgs in das besetzte Gebiet.

WTB. **Koblenz**, 26 Jan. (Telegramm.) Als Termin für die Reise des Reichspräsidenten in das demnächst frei werdende Gebiet ist der 21. und 22. März festgesetzt worden. Mit der Aufstellung des Reiseplanes ist der Oberpräsident der Rheinprovinz z. Zt. beschäftigt, der auch mit den in Frage kommenden Stellen wegen der Einzelheiten in Verbindung getreten ist. Der Besuch wird den Reichspräsidenten nach den von ihm jetzt endgültig getroffenen Bestimmungen nach Köln führen Am zweiten Tag wird ein kurzer Besuch in Bonn stattfinden.

Exkaiser Wilhelm II. gibt ein Interview.

MTB. **Berlin**, 26. Jan. (Telegramm.) Die B. Z. gibt den Inhalt einer Unterredung des Exkaisers mit dem amerikanischen Journalisten Viereck wider. Der Exkaiser polemisierte gegen den verstorbenen Präsidenten Wilson, der angeblich die Welt für die Demokratie sichern wollte, er bezeichnet es als das größte internationale Problem, die Welt gegen die Demokratie zu sichern. Ueber seine Flucht nach Holland sagte er: Ich wählte Flucht und Abdankung, weil auch ich an die Versprechungen des Präsidenten Wilson glaubte. Ich konnte nicht ahnen, daß die neue Regierung ohne irgendeine Garantie die demütigenden Bedingungen annehmen würde. Zu der Forderung, den Kaiser vor ein Gericht zu stellen, meinte der Exkaiser, daß er ein solches Gericht niemals anerkannt hätte. Jedermann könne nur von seinesgleichen verurteilt werden, aber „der deutsche Kaiser hatte nicht seinesgleichen". Die wenigen Monarchen, die einen solchen Stol hatten, waren Feinde und konnten nicht gleichzeitig Ankläger und Richter sein.

Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Wirtschaftsnot.

MTB. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Wie die Blätter berichten, finden zur Zeit zwischen den beteiligten Ressorts der Reichsregierung Besprechungen über die Frage der Schaffung von Absatz und Arbeitsmöglichkeiten statt. Anfang Februar werde das Problem der Kreditversicherung mit den beteiligten Verbänden wieder erörtert werden. Die im Etatsjahr 1926 notwendig werdenden Aufträge sollen teilweise schon jetzt zur Ausschreibung gelangen. Es handelt sich dabei besonders um Teile des Bauprogramms der Reichsbahn.

Für erhöhten Roggenverbrauch.

(*) **Berlin**, 26. Jan. Im Reichsernährungsministerium haben Besprechungen mit Vertretern der Müllereien und Bäckereien stattgefunden, um über die technische Durchführung erhöhten Roggenverbrauchs zu beraten. Die Bäcker haben zugesagt, um die Herstellung billigen und schmackhaften Roggenbrotes bemüht zu sein. Auch die Müllereien erklärten sich zur geringeren Ausmahlung von Roggen ohne Preisveränderung bereit Bei den Besprechungen hat sich gezeigt, daß die Wünsche der Verbraucher große Unterschiedlichkeit aufweisen. Das Reichsernährungsministerium hat zu erkennen gegeben, daß es gesetzlichen Maßnahmen in dieser Hinsicht abgeneigt sei und versuchen werde, die Einschränkung des Weizenverbrauchs durch geeignete Roggenpropaganda zu erzielen.

Furchtbares Anschwellen der Erwerbslosenziffer am 15. Januar.

WTB. **Berlin**, 26. Jan. (Telegramm.) Vom 1. bis 15. Januar stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1 497 516 auf 1 762 305. Die Steigerung beträgt 17,7 v. H. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich von 1 335 943 auf 1 550 706, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 163 573 auf 211 599, die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) stieg von 1 821 590 auf 2 092 958. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Hälfte des Dezember betrug rund 435 000 oder 40 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen in England.

WTB. **London**, 26. Jan. (Telegramm.) Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 18. Januar 1 215 900. Dies bedeutet einen Rückgang um 5503 gegenüber der Vorwoche und von 53 833 gegenüber der entsprechenden Zeit des vorigen Jahres.

Kundgebung für Kardinal Mercier in der französischen Kammer.

WTB. **Paris**, 26. Jan. (Telegramm.) Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer widmete Kammerpräsident Herriot dem verstorbenen Kardinal Mercier einen Nachruf, dem sich namens der Regierung Ministerpräsident Briand anschloß.

Russisch-chinesisches Abkommen.

WTB. **Moskau**, 26. Jan. (Telegramm.) Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus offizieller Quelle erfährt, wurden am 24. Januar vom sowjetrussischen Generalkonsul in Mukden und dem Außenminister der drei chinesischen Ostprovinzen kurzgefaßte Grundsätze eines Abkommens unterzeichnet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Der Direktor der Ostchinabahn Iwanow, sowie alle Beamten und Arbeiter der Ostchinabahn, welche von den mandschurischen Behörden anläßlich des Konflikts wegen der Ostchinabahn verhaftet wurden, werden freigelassen. Der Normaleisenbahnverkehr wird wieder hergestellt. Militär- und Schutztruppen-Transporte erfolgen auf Grund der bisherigen Bestimmungen. Die Frage der Entschädigung für die durch Maßnahmen mandschurischer Behörden während des Konflikts angestellten Schäden, werden Gegenstand eines weiteren Beschlusses bilden. Das Volkskommissariat des Auswärtigen erhielt bereits die Meldung, daß die Freilassung Iwanows erfolgt und mit der Freilassung der übrigen Gefangenen begonnen ist. Ueber andere, mit dem Konflikt zusammenhängende Fragen wird ebenfalls noch verhandelt werden. Soweit kann eine friedliche Lösung des Konflikts wegen der Ostchinabahn als gesichert betrachtet werden.

Kleine Weisheiten.

Die Trauerfarbe der Chinesen ist weiß.

Bleistifte haben seit hundert Jahren ihre Form nicht verändert.

Die Testamente der englischen Könige sind noch niemals veröffentlicht worden.

Es gibt 10 000 verschiedene Arten von Pilzen und Pilzschwämmen.

In der englischen Fischerstadt Yarmouth, deren Wappen drei Heringsköpfe zieren, werden wöchentlich dreihundert Millionen Heringe eingebracht.

Nachrichten aus Stadt und Land.

* **Jülich**, 27. Jan. Das Finanzamt Jülich, das bisher in Mieträumen untergebracht war, und zwar zunächst im früheren Hotel Dißmann, dann im Eckhause große Kurstraße-Walramplatz, hat nunmehr seinen Neubau in der Friedrichstraße neben der Kreissparkasse bezogen.

—* **Für die Armen der Stadt** wurden bei dem letzten Kostümfeste der Karnevals-Gesellschaft „Ull" 57.20 Mark gesammelt, die der Stadtverwaltung zur Verteilung übergeben wurden.

—* **Kreisverband für Handel und Gewerbe.** Der Bericht über die Tagung mußte bis morgen zurückgestellt werden.

MTB. **Heinsberg**, 26. Jan. (Ueberfahren und getötet.) Auf der Station Grebben wurde eine Fabrikarbeiterin, die anscheinend von der Plattform eines Wagens abgestürzt war, von den folgenden Wagen des Zuges überfahren und getötet.

Wp. **Barmen**, 26. Jan. (Absturz einer Glocke.) In der hiesigen reformierten Kirche stürzte am Sonntag eine von den drei großen Glocken ab und stürzte zu Boden, ohne indes ihn zu durchschlagen und ohne den Glockenstuhl sonst in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Glocke, die über 35 Jahre im Turm hing, ist durch den Sturz gesprungen, so daß sie neu gegossen werden muß.

MTB. **Mannheim**, 26. Jan. Wie ein Funkspruch aus New York meldet, ist die gemeinsame Dollaranleihe der badischen Städte bei der Emmission überzeichnet und vollständig ausverkauft worden. Der Ausgabekurs der 7prozentigen Anleihe war 93 Prozent.

(*) **Trier**, 26. Jan. In der Nacht vom 25. auf den 26. Januar wurde die Eisenbahnstation Föhren bei Trier an der Strecke Trier-Koblenz von zwei maskierten Räubern überfallen. Diese hatten vorher die Signallichter ausgelöscht, um so den Bahnhofsschaffner auf die Strecke zu locken. Währenddessen drangen sie auf den in der Station zurückgebliebenen Bahnhofswärter ein und schlugen ihn nieder daß er besinnungslos war; dann raubten sie die Stationskasse, in der sich aber nur 13,20 Mark befanden. Ein Polizeihund hat die Fährte der Räuber entdeckt.

WTB. **Hannover**, 26. Jan. (Telegramm.) Der zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Händler Grans hat Revision gegen das Urteil eingelegt.

(:) **Halle**, 27. Jan. (Telegramm.) Hier stürzte in der Nähe von Follstedt ein Kraftwagen einen 10 Meter hohen Abhang hinunter. Eine Frau wurde getötet, drei andere Insassen schwer verletzt.

Wp. **Lübben** (Lausitz), 26. Jan. (Fünf Generationen.) Hier wurde dem Koch Hermann Steinbusch ein Sohn geboren, dessen Urgroßvater im Alter von 98 Jahren noch gesund und munter lebt. Hier liegt der seltene Fall vor, daß fünf Generationen am Leben sind. Alle, auch die ältesten Familienmitglieder sind wohlauf und gehen noch ihrer Beschäftigung nach.

Wp. **Esch a. d. Alzette**, 26. Jan. (Zwischenfall bei einem Begräbnis.) Als ein auf der Hütte von Belrel bei Esch (früher Gelsenkirchen zugehörig) verunglückter Arbeiter begraben wurde, wollte eine Arbeiterabordnung mit der roten Fahne dem Zuge voausgehen. Dem widersetzte sich der katholische Geistliche, weil er sich dann an dem letzten Gange nicht beteiligen könne. Er bat die Abordnung mit der Fahne wenigstens hinter dem Leichenwagen Platz zu nehmen. Als dem keine Folge geleistet wurde, verließ der Geistliche, nachdem er die üblichen Gebete im Sterbehause verrichtet hatte den Zug und kehrte in die Kirche zurück.

MTB. **Reval** 26. Jan. (Telegramm.) Infolge unsichtigen Wetters, hervorgerufen durch kalte Schneefälle, stürzte ein der Aeronautik gehörendes Passagierflugzeug bei einem Flug über der Stadt ab. Der Flieger und vier Passagiere wurden bei dem Absturz verletzt. Unter den Verletzten befindet sich der österreichische Konsul Holstt und der frühere Flieger Tillo, dessen Zustand hoffnungslos ist.

WTB. **Rom**, 26. Jan. (Telegramm.) Am Freitag scheiterte bei Lissa ein Fiumer Kohlendampfer. Auf seine Radio-Hilferufe konnten mehrere Schiffe ein Rettungsboot mit sieben Mann bergen. Das zweite Boot mit acht Mann der Besatzung konnte bisher nicht gefunden werden.

WTB. **Washington**, 26. Jan. (Telegramm) Auf dem Armeeflugplatz in Bollingfield wurden durch einen Brand 9 Flugzeuge, 12 unmontierte Liberty-Motore sowie die Flughalle zerstört. Man nimmt an, daß das Feuer auf eine fehlerhafte Anlage der elektrischen Leitung zurückzuführen ist. Der Schaden wird auf 350 000 Dollar geschätzt.

Zwangsversteigerung in Coslar.

Am **Donnerstag den 28. Januar 1926, nachm. 2 Uhr**, versteigere ich nachfolgende Sachen:

4 weiße Sessel, 2 weiße Bänke, 2 runde Tische, 1 Nähmaschine, 1 Ladentheke, 1 Ladenregal, 1 Strohmühle, 1 Waschkommode, 1 Posten Kolonialwaren, Schiefertafeln, Besenstiele, 1 Waage mit 9 Gewichten, 1 Fahrrad, Notizbücher, Aufnehmer, 9 kurze Pfeifen, Federhalter, Bleistifte und viele andere Gebrauchsgegenstände

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung.

Sammelpunkt für Kauflustige: Wegekreuzung Hauptstraße — Gut Hasenfeld.

Jülich. **R. Conrad,** Obergerichtsvollzieher.

Haarbalsam Eventus

verhütet unter Garantie **Haarausfall, Schuppenbildung** und fördert den **Haarwuchs.** Unser **Haarbalsam** ist antisept. med. zusammengestellt, ein Versuch wird Sie von der Güte des Präparats überzeugen

(200 gr Flasche Mk. 4,50)

gegen Nachnahme oder Voreinsendung Unser Präparat enthält garantiert 50% bis 60% Alkohol, viele Dankesagungen, zu beziehen durch die alleinigen Hersteller

Ferd. Rahder & Co., Hamburg 13, Grindelallee 63, Fabrik pharm. kosm. med. Präparate.

Evang. Kirchenchor.

Morgen Donnerstag, abends **8 Uhr Familienabend** bei **Lürken**, Bayerstraße.

Männer-Quartett-Verein.

Heute abend 8½ Uhr Probe.

Anschließend wichtige Besprechungen. Vollzähliges Erscheinen wird dringend erwünscht.

Geschnittenes Schwarzbrot empfiehlt täglich frisch. Bäckerei **Jos. Briel,** — Naderstraße 27. —



Schönes Mutterkalb zu verkaufen. **Pet. Pütz,** Niedermerz.



Schönes Mutterkalb abzugeben. **Gehlen,** Kiffelberg b. Linnich

Karnevals-Satin, hübsche Farben, Meter **1.25**

Gold- u. Silbertressen Pompons, Münzen, Glöckchen, Strümpfe.

Geschw. Elkan Jülich, Kaiserstraße



Schwarzbrauner **Hund** (Dobermann), auf den Namen „Lux" hörend, **entlaufen.** Wiederbringer erhält Belohnung. **Schmitz,** Stetternich, Landstraße.



Schöne junge **Schweine** hat abzugeben **Jos. Erkens.** Juden

Ueber 120 Lehrlinge

sind Ostern 1926 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das **Städtische Waisenhaus in Köln,** Sülzgürtel 41, Post Klettenberg.



Männer-Quartett-Verein.

Heute abend 8½ Uhr Probe.

Anschließend wichtige Besprechungen. Vollzähliges Erscheinen wird dringend erwünscht.

2 schöne, hochmoderne **Ladenlokale** mit je 2 schönen Zimmern in verkehrsreicher Lage Jülichs (Eclokal mit 4 Straßenkreuzungen) per 15. März zu vermieten. Baukostenzuschuß muß gewährt werden, wird jedoch auf Miete verrechnet.

Ausk. erteilt die Geschst

Mädchen, welches auch im Stalle mit helfen muß, für Hausarbeit gesucht.

Anmeldungen bei der **Oberin der Prov.-Taubst.-Anstalt Enskirchen**



5—6 Fuhren **Dünger** zu kaufen gesucht. **Jak. Weitz,** Lorsbeckerstr. 21.

Ordentliches Mädchen für kleinen Haushalt gesucht **Wo** sagt die Geschäftsst.

Mädchen, welches melken kann sofort gesucht. **Hub. Jussen,** Mersch.

Fleiß. Mädchen gesucht Bäckerei **Nievelstein,** Nurd...

Angehender **Schweizer** zu Lichtmeß gesucht. **Breuer,** Engelsdorf

Junge als Pferdeknecht für Landwirtschaft gesucht. **Krohnhoven 49.**

Ordentl. Junge, von 14—16 Jahren, in kl. Landwirtschaft gesucht. **Setterich,** A-Straße 49

1 Junge von ca. 16 Jahren zu Lichtmeß gesucht. **Fritz Cox,** Pattern b. A.

Die Verrufenen
„Der fünfte Stand".
Der große Zille-Film.

†

Nachruf.

Heute erlöste Gott aus langem, geduldig ertragenem Leiden, unseren treuen Mitarbeiter Herrn

Wilhelm Lorenz.

Ueber 41 Jahre war er bei uns tätig. Geschätzt wegen seines kernigen und ehrlichen Wesens, war er besonders ein Liebling der Kinder.

Es ist uns Herzenspflicht, seiner stillen Tugend öffentlich zu gedenken. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Hasselsweiler, den 25. Jan. 1926.

Fam. Joseph Kreyes,
Prof. Dr. Anton Kreyes.

Alle Büroräume des Finanzamts

befinden sich ab heute im

Neubau Friedrichstraße.

Das Finanzamt ist geöffnet Dienstags, Donnerstags und Samstags von 8—12 Uhr vormittags, die Finanzkasse ist täglich geöffnet von 8—12½ Uhr vorm.

Finanzamt.

Prima Weißstückkalk,

sowie frische Kalkasche
waggon- und fuhrenweise hat laufend abzugeben

Kalkwerk
Heinrich Gehlen,
Stolberg (Rheinl.), Fernruf 138.

Torfmull

in Ballen
zu haben bei

Joh. Lütgenau, Gartenbaubetr.

Wegen Abzug zu verkaufen:

2 prima trag. Fuchsstuten,
5- und 6jährig,
1 Coupé u. 1 Jagdwagen,
2 zweispänn. Wagengeschirre
in sehr gutem Zustande.

Bontenbroich, Düren, Gut Weyern.

Farben.

Oel- und Leimfarben, trocken und strichfertig.
Deckenweiß.
Max Hermkes,
Jülich, Bongardsstr. 6.

Fast neue
Schlagkarre

zu verkaufen oder gegen Ochsenschlagkarre zu vertauschen.
Didtweiler, Bahnhofstr. 19.

Feinstes Speiseöl

Essig sowie garant. reinen wohlschmeckenden
Himbeersaft

empfiehlt:
A. Bacciocco,
Schwanenapotheke **Jülich.**

2—3000 Mk.

gegen sehr gute ländliche Sicherheit zu leihen **gesucht.**
Schriftliche Angeb unter **A. G. 17** an die Geschst.

Heute abend 6 Uhr

Schluß der Erneuerung der Lose der Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie.

Haupt- und Schluß-Klasse 3. bis 27. Februar.

Jos. Fischer, Staatl. Loseverkaufsstelle.



das bevorzugte Automobil-Benzin
erhalten Sie aus geeichter

DAPOLIN-PUMPE

in **Jülich** bei der Firma
Leo Neulen, Garage, große Rurstr. 11.

Dapolin-Verkauf aus plombierten Kannen:
Linnich: C. Schädel & Co., Roerstraße 53
Elsdorf: Hermann Steinhoff, Hauptstraße.

Amerikanische Petroleumanlagen

G. m. b. H.
Neuß a. Rh., Tückingstraße 50.
Verkaufs-Abteilung **Düren,** Rurstraße 8, Fernruf 1387.

Für das neue Geschäftsjahr

empfehle folgende Geschäftsbücher in reichster Auswahl:

Hauptbücher
mit ganzen, halben und Drittel-Konten

Kassabücher
mit einfachen und doppelten Kolonnen

Kontokorrentbücher

Mehrkolonnenbücher
mit 3, 4, 5, 6, 11 und 13 Kolonnen

Foliobücher
mit einfachen und doppelten Kolonnen

Protokollbücher, Oktav-Kontobücher, Großoktav-Kontobücher, Lohnbücher, Registerbücher, Wechsel-Kopierbücher, Kopierbücher, Fremdenbücher, Telegramm-Kopierbücher, Amerikanische Journale mit 6 bis 16 Kolonnen usw.

Schreibwaren:

Briefordner Quart und Folio, Schnellhefter Quart und Folio, Schriftenordner, Locher, Unterschriftsmappen, Briefablegekörbe in großer Auswahl, Papierkörbe, Farbbänder von Günther Wagner, Durchschlagpapier, Papierscheren, Briefwaagen, Büronadeln, Bleistifte beste Qualitäten, Kopierstifte, Soenneckens Umlegekalender sowie Wochenkalender

Schreibtinte schwarz und farbig, Stempelfarbe und -Kissen, nur erstkl. Fabrikate

Buchhandlung Jos. Fischer.

Pferdemärkte

in der Stadt Linnich,
Bahnstation der Strecke Jülich-Baal-Dalheim,
im Jahre 1926.

*Mittwoch, den 3. Februar.
*Dienstag, den 16. März.
Dienstag, den 13. April
*Dienstag, den 11. Mai.
*Mittwoch, den 7. Juli.
Mittwoch, den 4. August.
Dienstag, den 14. Septbr.
Dienstag, den 12. Oktober,
*Mittwoch, den 1. Dezember (Andreasmarkt).

An den mit * bezeichneten Tagen findet auch Krammarkt statt.

Der Bürgermeister
Walterscheid.

Geschäftshaus,

in günstiger Lage der Stadt, sofort zu kaufen oder eventuell gegen Einfamilienhaus mit Garten zu tauschen gesucht. Gefl. Angebote unter **P. M. 200** an die Geschäftsstelle ds Bl erbeten.

Schön möbl. Zimmer

zu vermieten.
Wo sagt die Geschäftsst.

Ia. Eiderfettkäse

9 Pfd. = **M. 6.—** franko.
Dampfkäsefabrik, Rendsburg.

Die Verrufenen
„Der fünfte Stand".
Der große Zille-Film.

Voranzeige.

Theater-Verein St. Nikolaus Ameln.

Am Sonntag den 31. Jan.,
der große Operettenschlager:

Die Csárdasfürstin.

Gastspiel des Operetten-Theaters Aachen, Dir. F. Liese.

Bin dem Fernsprechamt **Jülich** unter
Nr. 98
angeschlossen.

Josef Fischenich,
Glaser- und Anstreichermeister,
Jülich, Herzog-Wilh.-Allee 7, parterre.

Bin unter **Nr. 94** an das Fernsprechamt **Aldenhoven** angeschlossen.

Tillmann Franken,
Bau- und Möbel-Werkstätte
mit elektr. Betrieb,
Niedermerz bei Aldenhoven.



„Das Stuvkamp-Gefühl".

Der Onkel Stuvkamp braucht nicht mehr
In die Athleten-Schule geh'n —
Den dicken Mann, zwei Zentner schwer
Stemmt er so im Vorübergeh'n. —
Durch „Stuvkamp-Salz" gewann er wieder
Den Lebensmut, die Kraft der Glieder.

Stuvkamp-Salz

regeneriert das Blut, verhindert Stoffwechselkrankheiten, wie: Hexenschuß, Rheuma, Ischias, Magen- und Darmleiden, Verdauungsstörungen, reinigt Leber, Galle, Nieren, entfernt überflüssig Fett, schafft Schlaf u. Appetit, blühendes Aussehen, Energie u. Lebensfreude, mit einem Wort, die

„Stuvkamp-Lebensfreude"

Stuvkamp-Salz in Original-Packungen zu Mk. 3.- und Mk. 2.—, überall zu haben.

Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten ausländischer Herkunft.

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien, bestimmt in der **Löwen-Drogerie** und **Schwanen-Apotheke Bacciocco.**
Generalvertreter: Dr. Garve, Aachen, Goethestr. 23